



Presseinformation

Nr. 013 / 2014

Kiel, Dienstag, 14. Januar 2014

Kultur / Denkmalschutz

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Christopher Vogt, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Anita Klahn: ‚Mehr Bürokratie wagen‘ ist das Motto der Kulturministerin

Zur heutigen Vorstellung des Referentenentwurfes zum Denkmalschutzgesetz erklärt die kulturpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anita Klahn**:

„Das war heute ein ‚denkwürdiger‘ Auftritt der Kulturministerin! Abgesehen davon sind die jetzt präsentierten Ergebnisse eines fast zwei Jahre währernden kulturpolitischen Ringens mit sich selbst einerseits wenig überraschend, andererseits schon. Erschreckend sind sie allemal.

Wer uns – wie die Kulturministerin heute – weismachen will, dass dieser Referentenentwurf ‚bürgerfreundlich‘ ist, der scheint sich mit den Fein- und Grobheiten des eigenen Vorschlages recht wenig auseinandergesetzt zu haben. Bis Ende 2015 sollen ganze 12.000 Kulturdenkmale inventarisiert werden – von immerhin sechs neuen Mitarbeitern des Landesamtes für Denkmalpflege. Anschließend sollen die so schnell gewonnenen Ergebnisse der Inventarisierung auch noch vor Gericht standhalten, weil der Eigentümer durch das deklaratorische Verfahren jetzt nur noch gegen die von oben angeordnete Unterschutzstellung klagen kann. Entweder erhofft die Kulturministerin, für die Folgejahre nach 2015 noch mehr Geld für Inventarisierung von ihrer Koalition zu bekommen – damit eine saubere und rechtlich haltbare Inventarisierung durchgeführt werden kann – oder sie mutet als Justizministerin ihren schon jetzt überforderten Gerichten eine noch nie dagewesene Klagewelle zu. Beides ehrt sie als selbsternannte ‚Zweite Stellvertretende Ministerpräsidentin‘ Schleswig-Holsteins nicht.

Es wird durch ein solches Gesetz neue Bürokratie geschaffen, wenn zum Beispiel ein Verbandsklagerecht oder Berichtspflichten der Unteren Denkmalschutzbehörden gegenüber dem Landesamt für Denkmalpflege neu eingeführt werden. Sollte das Gesetz so beschlossen werden, dann haben wir ein weiteres Bürokratiemonster, das – allen Beteuerungen von Ministerin Spoorendonk zum Trotz – in der Handhabung niemanden glücklicher machen kann.“